

Protokoll Informationsveranstaltung 02.04.2003

Anwesende: ca. 38 Gäste, darunter die Ratsmitglieder Sager-Gertje, Tensfeldt, Schwalbe, Fisbeck, Röben, Langhorst und Langfermann, Mitglieder Bürgerinitiative Rostrup, Mitglieder Bürgerinitiative Hahn und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung.

1. Begrüßung

Bürgermeister Decker begrüßt die anwesenden Gäste und die Besucher und gibt einen allgemeinen Einblick in die Thematik. Er übergibt die Leitung der Veranstaltung an Frau Ute Aderholz.

2. Einführung in das Thema

Frau Aderholz führt in das Thema Mobilfunk ein und nimmt Bezug auf die mit der Einführung des Mobilfunks verbundenen Probleme und Diskussionen sowie auf die Vereinbarung der Mobilfunkanbieter mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Herr Fanasch von der T-Mobil Deutschland gibt einen Überblick über die Entwicklung der Mobilfunknutzung in Deutschland seit den 50er Jahren. Demnach seien heute ca. 56 Millionen Bundesbürger Kunden von Mobilfunkanbietern. Kundenbedürfnisse nach einer Grundversorgung mit mobilen Datentransfermöglichkeiten seien nicht zuletzt aufgrund der Lizenzvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Mobilfunkanbietern entstanden. Ziel des UMTS-Ausbaus sei es daher, die Bevölkerung zu versorgen. Auch sei Mobilfunk ein wichtiger Standortfaktor für Gewerbebetriebe und somit auch für die jeweiligen Kommunen. Herr Fanasch weist auf eine Selbstvereinbarung der Anbieter mit dem Bund hin, wonach eine abgestimmte Mitnutzung zur Bündelung von Standorten eine Selbstverpflichtung der Mobilfunkanbieter sei. Auch sollen durch diese Selbstverpflichtung Schulen und Kindergärten sowie ähnlich sensible Bereiche möglichst von einer Exposition ausgenommen werden.

Die aktuellen Diskussionen um den Mobilfunk und die bisher nicht geklärten Risiken seien Gegenstand umfangreicher Forschung, an der sich sowohl der Bund als auch die Mobilfunkanbieter mit Millionen Summen beteiligten.

Herr Scheibert weist darauf hin, dass das Thema Mobilfunk bei der Bevölkerung häufig erst dann ins Bewusstsein trete, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft ein Turm aufgebaut werde. Dabei sei ihm klar, dass die Belastung nicht nur vom Mobilfunkturm sondern auch von den mobilen Endgeräten, sprich den Handys ausgehe. Der wesentliche Unterschied zwischen Antennenstandorten und Handys sei jedoch, dass sich jedermann bei dem Benutzen eines Handys für oder gegen ein solches entscheiden könne, er der Sendeleistung eines Antennenstandortes jedoch ausgeliefert sei. Es gäbe nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft zudem mehrere Hinweise auf Störungen von Organismen wie z. B. Aborte von Kühen in der Nähe von Sendeanlagen. Auch appellierte Herr Scheibert an die Verantwortlichen, die häufig der Auffassung seien, dass sie doch nichts tun könnten. Er fordert ein Moratorium auf Gemeindeebene.

Herr Scheibert ist außerdem der Auffassung, dass weder Schädlichkeit noch Unschädlichkeit des Mobilfunks bewiesen seien und lässt es offen, welche Konsequenzen der Nachweis einer Schädigung durch Mobilfunk im Hinblick auf die Mobilfunkanbieter und die Bevölkerung sowie auf die Politik nach sich ziehen würde. Er vertritt zudem die Auffassung, dass auch auf kommunaler Ebene einiges bewegt werden könne.

Herr Professor Dr. med. Frentzel-Beyme verweist zunächst allgemein darauf, dass die Ergebnisse der Wissenschaft schon laut Einstein einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Er wirft den Betreibern von Mobilfunkanlagen vor, nur selektive Forschungsergebnisse für ihre Argumentationen zu verwenden. Professor Neitzke vom Ecoleg-Institut hätte diese Verhaltensweise der Betreiber anhand von Forschungsarbeiten nachgewiesen. Herr Frentzel-Beyme weist auf Beispiele aus dem näheren Ausland wie z. B. Genf hin, wo der Mobilfunk nach Möglichkeit eingeschränkt werden solle. Hier gäbe es anhand einer Informationsbroschüre Tipps zum zurückhaltenden Telefonieren usw.. In der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Umweltmedizin und Gesellschaft“ sei eine Übersetzung des bisher nur in französischer Sprache erschienenen Artikels.

Herr Frentzel-Beyme erläutert, dass verschiedene Strahlungsarten auf den menschlichen Körper träfen. So habe man in Genf ein Mobilfunkkataster entwickelt, in der diese verschiedenen Strahlen dargelegt würden. Dies sei nicht zuletzt deswegen geschehen, weil bei der gegenwärtigen Beurteilung von Sendeanlagen nur deren eigene Sendeleistung, nicht aber die kumulative Wirkung mit anderen Strahlen beurteilt würde. Nach einhelliger Meinung von Experten auf Bundesebene sei jedoch nahezu bewiesen, dass Kinder bis zu einem Alter von 16 Jahren einem erhöhten Krebsrisiko in der Nähe von Kurzwellensendern ausgesetzt seien. Insgesamt sei grundsätzlich jeder menschliche Körper anders ausgeprägt und entsprechend verschieden empfänglich.

Herr Trinter von der Bezirksregierung weist auf die Rechtslage hin. Er erläutert den Unterschied zwischen der Niedersächsischen Bauordnung, dem Baugesetzbuch und der Standortbescheinigung durch die Regulierungsbehörde. Festzuhalten hieraus ist, dass große Anlagen grundsätzlich eine Baugenehmigung benötigten, aber Anlagen bis 10 m Höhe genehmigungsfrei seien, sofern sie keine städtebauliche Relevanz hätten. Probleme gäbe es immer, wenn zum Beispiel die gewerbliche Nutzung am Wohnhaus vorliegt. Hier fände eine Verschiebung des Nutzungsgefüges in Baugebieten statt. In allgemeinen Wohngebieten sei eine Mobilfunkanlage ausnahmsweise mit Einvernehmen der Gemeinde zulässig, in WR-Gebieten seien sie grundsätzlich unzulässig, jedoch als untergeordnete Nebenanlagen wiederum ausnahmsweise zulässig.

Herr Trinter weist auf die Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinde im Rahmen des Flächennutzungsplanes hin. Hier liege die grundsätzliche Problematik darin, dass neben der reinen Planung auch die Anbieterinteressen hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und technischer Erfordernisse zu berücksichtigen seien. Eine Konzentrationsfläche wie zum Beispiel bei Windenergie- oder Tiermastanlagen sei bei Mobilfunk jedoch nicht möglich. Eine Verhinderungsplanung sei ebenfalls nicht rechtmäßig. Die Gemeinde könne jedoch in gewissen Bereichen Sendeanlagen ausschließen. Dies sei zum Beispiel bei hochsensiblen Bereichen wie Baudenkmälern der Fall, bei Schulen jedoch nicht.

Mit der Erteilung der Standortbescheinigung erhalten die Betreiber ein Gutachten, nicht jedoch einen Verwaltungsakt, der gerichtlich anfechtbar ist. Die Genehmigungsbehörden seien aufgrund dieser vorliegenden Gutachten gehalten, entsprechende Anlagen zu genehmigen. Sollte eine Genehmigung versagt werden, müsse vorher ein Gegenbeweis zu der Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde vorgelegt werden.

3. In der nachfolgenden Diskussion sprechen sich Bürger für eine höhere Entfernung von Sendeanlagen zur Wohnbebauung aus. Herr Fanasch weist darauf hin, dass eine kleinteilige Gebietsaufteilung von Sendeanlagen grundsätzlich besser sei, um auch die von den Anlagen ausgehenden Strahlungen zu minimieren. Herr Scheibert entgegnet, dass die Meterzahl der Entfernung nicht das entscheidende Problem sei, sondern die Addition aller

in dem Gebiet vorhandenen Strahlungsbelastungen.

Ein Bürger kritisiert, dass für die Werbung der Mobilfunkanbieter am Markt mehr Geld als für die Forschung ausgegeben werde.

Herr Beyme weist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Westoverledingen hin, wo eine Studie zu Schlafstörungen derzeit durchgeführt werde. Das Ergebnis werde in Kürze dem Land Niedersachsen vorgestellt.

Herr Zange von der Mobilfunkinitiative Hahn fordert einen runden Tisch in Rastede mit Ratsmitgliedern, um neue Standorte im Vorhinein zu besprechen. Auch weist er darauf hin, dass vor Installation des Mobilfunkturmes in Hahn Messungen vorgenommen worden seien. Nun nach Installation der Anlage würde man gerne die kostenintensive erneute Untersuchung durchführen, um eine mögliche Veränderung feststellen zu können. Zudem fordert er ein Strahlenkataster auf Landkreisebene.

Herr Fanasch erläutert, dass ein bundesweites Mobilfunkkataster, welches öffentlich für jedermann sein soll, in Vorbereitung sei und derzeit in Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium erarbeitet werde.

Herr Zange fordert eher kleinzellige Sendestrukturen als große einzelne Anlagen wie zum Beispiel in Hahn.

Herr Fanasch begrüßt diese Forderung und weist darauf hin, dass die sogenannten Buseranlagen für eine kleinzellige Versorgung grundsätzlich angestrebt würden.

Herr Scheibert kritisiert, dass sowohl der Bund als auch die Mobilfunkanbieter grundsätzlich zu wenig informieren. Veranstaltungen wie die heutige seien freiwillig jedoch keine Pflicht. Er weist auf den in Oldenburg existierenden Arbeitskreis zur Mobilfunknutzung hin, der jedoch bei der Standortsuche nicht beteiligt werde.

In der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass die Gemeinde bei Versagen des Einvernehmens im Rahmen des Bauantragverfahrens grundsätzlich diese zu begründen hat. Ein willkürliches Versagen sei rechtswidrig.

Herr Langhorst fordert eine Harmonisierung der in Europa unterschiedlichen Grenzwerte hinsichtlich der maximalen Strahlenbelastung. Er fordert zudem die Mobilfunkanbieter auf, in jedem Einzelfall die geringst mögliche technische Exposition zu realisieren. Auch wirft er die Frage auf, inwieweit Vermieter wie die Gemeinde Rastede haftbar gemacht werden könnten, sofern sich irgendwann einmal herausstelle, dass der Mobilfunk schädlich sei.

Herr Beyme erläutert die verschiedenen Grenzwerte innerhalb Europas. Dabei wird auch in Diskussion mit Herrn Fanasch deutlich, dass häufig unterschiedliche Messorte gewählt werden, was einen Vergleich erheblich erschwere. Herr Fanasch schließt für Rastede andere Grenzwerte, als die in der 26. BImSchVO festgelegten, kategorisch aus.

Herr Beyme kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die vorhandenen Grenzwerte unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit des Mobilfunks nicht aber aus Gesundheitsaspekten festgelegt worden seien.

Ein Mitglied von B'90/Die GRÜNEN fordert die Zusammenlegung von D 1 und D 2-Netzen, um die notwendige Strahlung zu minimieren. Herr Fanasch entgegnet, dass vom Bund mehrere Anbieter und somit auch Konkurrenz gewünscht sei.

Herr Trinter wünscht sich für die Zukunft eine europäische Harmonisierung der Grenzwerte und das Recht für Kommunen, größere Verhandlungsspielräume zu erhalten. Ferner ist er der Auffassung, dass Kommunen bei größeren Anlagen das Heft in die Hand nehmen sollten und entsprechende Planungen wie oben erläutert realisieren sollten.

Herr Beyme freut sich auf die mittlerweile nun startende Begleitforschung zum Mobilfunk und erhofft sich hieraus eindeutige wissenschaftliche Aussagen. Auch weist er darauf hin, dass in Kürze Anlaufstellen für Beschwerden auf Bundesebene geplant sind.

Herr Scheibert fordert, dass die Gemeinden Arbeitskreise in Zusammensetzung aus Bewohnern und Planern und Anbietern bilden sollten, um als Ziel die Gestaltung des Ortes anzustreben und um Konzepte zu entwickeln. Auch müsse grundsätzlich ein Recht auf Einflussnahme gesichert werden, wenn Anlagen schädlich sind. Letztlich fordert er eine flächenmäßige Verteilung der Strahlenbelastung des Mobilfunks und anderer Strahlungsquellen, um eine gleichmäßige Belastung der Bevölkerung zu erreichen.

4. Ende der Veranstaltung: 22.40 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Zech